



Presseschau vom 18.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Nachtrag:

Dan-news.info: **Tierpark erfreut sich wachsender Beliebtheit**

Etwa 2000 Menschen besuchten den Tierpark in der Siedlung Pridoroshnoje im Gebiet Starobeschewo in diesem Monat, das ist eine Rekordzahl für die zurückliegenden Jahre, so die stellvertretende Zoodirektorin Julija Krjashewa.

„Grundsätzlich haben wir das ganze Jahr geöffnet, aber die meisten Besucher kommen von Mitte April bis Ende September“, sagte Krjashewa und fügte hinzu, das Füttern der Tiere sei erlaubt, aber nur mit speziellem Futter. Das wird in einem Laden vor Ort verkauft. Außerdem können alle Interessierten ökologisch einwandfreie Lebensmittel erwerben – Eier, Milch, Butter und Quark. Der Zoo wurde vor über 20 Jahren eröffnet. Zurzeit leben dort über 2000 Tiere – Vögel, Reptilien, Insekten und Fische. Das Gelände misst ungefähr zwei Hektar, flächenmäßig der zweitgrößte Zoo der DVR nach dem in Dokutschajewsk.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/07/dan-news.info-2017-07-25_08-15-54_639423---22-1024x683.jpg

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Humanitäres Völkerrecht in Syrien gebrochen? Russland weist den Vorwurf zurück**

Russische und syrische Militärs kämpfen in Syrien gegen die Terroristen, nicht aber gegen die friedliche Zivilbevölkerung, wie dies westliche Partner behaupten. Das erklärte der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, am Freitag in New York in einer außerordentlichen Sitzung des Weltsicherheitsrates zu Syrien.

„Wir weisen den Vorwurf von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht entschieden zurück. Weder die syrische Armee noch die Fliegerkräfte Russlands kämpfen gegen friedliche Bewohner oder greifen die zivile Infrastruktur an. Unser Ziel sind die Terroristen, was einige von Ihnen lieber verschweigen möchten“, sagte Nebensja an die Adresse westlicher Vertreter. Zuvor hatte der kommissarische Botschafter der USA bei der Uno, Jonathan Kohen, Russland und dem „Assad-Regime“ zur Last gelegt, Zivilisten und Krankenhäuser anzugreifen und das als Anti-Terror-Kampf hinzustellen.

„Das syrische Volk läuft die Gefahr einer ernsthaften humanitären Krise, falls Russland und das Assad-Regime die Eskalation nicht sofort einstellen. Die vereinbarte Feuerpause muss strikt eingehalten werden“, betonte der US-Diplomat.

de.sputniknews.com: **„Bild zurechtrücken“: Botschafter verteidigt russische Pässe für Ukrainer**

Nachdem Russland Einwohnern der benachbarten Ukraine die Einbürgerung erleichtert hat, fordert Kiew neue EU-Sanktionen gegen Moskau. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, verteidigt die Entscheidung und bringt Argumente, die „das Bild zurechzurücken“ sollen.

Seit mehr als fünf Jahren lebten die Menschen in den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk unter Beschuss, seien einer andauernden Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt und könnten unmöglich ihre Bürgerrechte verwirklichen, schrieb der Botschafter in einem Gastbeitrag für die „Junge Welt“.

Er räumte ein, dass die Einwohner der Gebiete Donezk und Lugansk „ihre Zukunft mit der Ukraine verbinden“ wollten, wenn ihre „Identität, Sprache und Kultur“ geschützt wären. Doch die Regierung in Kiew habe jede Verbindung mit diesen Menschen einseitig abgebrochen und sie „de facto zu Personen ohne Staatsbürgerschaft“ gemacht. Millionen Ukrainer, die im Donbass und auch in Russland leben, seien von den Wahlen in ihrem Heimatland ausgeschlossen und in ihren Bürgerrechten beschnitten, konstatierte der Diplomat. Schuld daran sei abermals die Kiewer Regierung, die keine Wahllokale eröffnen wolle. Hinzu komme die soziale und wirtschaftliche Blockade, die Kiew gegen den Donbass verhängt hat.

„In dieser Situation bleibt die Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an die Einwohner des Donbass de facto die einzige Möglichkeit, ihr Recht zu schützen, Russisch zu sprechen, sich ihrer Vergangenheit bewusst zu sein, soziale Unterstützung zu erlangen, an russischen Hochschulen zu studieren“, so der Botschafter.

Die vereinfachte Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft sei durchaus völkerrechtskonform, weil die Gewährung der Staatsbürgerschaft laut dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit von 1997 ein souveränes Recht von Staaten sei: „Nach Maßgabe von Artikel 15 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung kann niemandem willkürlich das Recht versagt werden, seine Staatsbürgerschaft zu wechseln.“

Mit dem Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft, der übrigens keinen Verzicht auf die ukrainische Staatsbürgerschaft voraussetze, bekämen die Einwohner des Donbass die Möglichkeit, ihr Recht auf Bildung, soziale Sicherung und medizinische Versorgung im Sinne des Internationalen Paktes von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu verwirklichen, so der Botschafter. Er verwies darauf, dass auch Rumänien, Ungarn und Polen einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Ukraine ihre Staatsbürgerschaft gewähren.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am 24. April den Einwohnern der international nicht anerkannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die seit April 2014 für ihre Unabhängigkeit von der Ukraine kämpfen, die Einbürgerung in Russland vereinfacht. Eine Woche später bekamen weitere Bevölkerungsgruppen in der Ukraine das Recht, den russischen Pass in einem vereinfachten Verfahren zu beantragen. Der scheidende ukrainische Präsident Petro Poroschenko und sein gewählter Amtsnachfolger Wladimir Selenski kritisierten die Entscheidung und forderten neue EU-Sanktionen gegen Russland. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32498/96/324989650.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Moskau verspricht USA eine Antwort**

Russland wird die neuen US-Sanktionen gegen die russische Spezialeinheit „Terek“ nicht unbeantwortet lassen. Das folgt aus einer Mitteilung des Presseamtes des russischen Außenministeriums.

„Selbstverständlich werden wir diesen Übergriff gegen russische Bürger nicht unbeantwortet lassen. Die US-Behörden sollten daran denken, dass ihr Konfrontationsverhalten keinerlei Nutzen bringt. Es führt nur zur Zunahme der Spannungen in der Welt“, heißt es.

Zuvor hatte das US-Finanzministerium Einschränkungen gegen die Spezialeinsatzkräfte „Terek“ aus der russischen Nordkaukasus-Teilrepublik Tschetschenien und gegen fünf russische Bürger verhängt, darunter auch „Terek“-Kommandeur Abusaid Wismuradow, zwei Untersuchungsführer im Fall Sergej Magnitski – Gennadi Karlow und Jelena Trikulj.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte diesbezüglich gegenüber Journalisten mitgeteilt, dass die US-Sanktionen gegen „Terek“ die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips und eine Antwort auf destruktive Maßnahmen verlangten.

Die USA hatten im Dezember 2012 den „Magnitski-Akt“ angenommen, der Sanktionen gegen russische Staatsbürger vorsieht, welche nach Ansicht der US-Behörden Verstöße gegen die Menschenrechte begangen haben sollen. Die russischen Behörden verwiesen ihrerseits auf die Unzulässigkeit einer Politisierung des „Falls Magnitski“.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit..

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Shelobok und Smeloje**.

Geschossen wurde mit 120- und 82-mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: Syrische Luftverteidigung wehrt Raketen über Damaskus ab

Im Netz sind Videos veröffentlicht, die zeigen sollen, wie die Luftabwehr Syriens einen Raketenangriff über der Hauptstadt Damaskus abwehrt.

Vermutlich sind da die syrischen Luftabwehrkomplexe am Werk. Dabei soll eines der Ziele zerstört worden sein. Zudem sind auf Video die Explosionen aufgenommen worden.

Wer genau für die Attacke verantwortlich ist, wird nicht mitgeteilt. Israel unternimmt regelmäßig Angriffe auf die Ziele in Syrien. Ein solches Vorgehen führt Tel Aviv darauf zurück, verhindern zu wollen, dass moderne Waffen in die Hände von Feinden gelangen.

Laut Sergej Rjabkow, dem Vizeaußenminister Russlands, sind solche Angriffe rechtswidrig und unbegründet.

Zuvor teilte eine Militärquelle in Syrien gegenüber russischen Medien mit, ein von Israel von den besetzten Golanhöhen aus unternommener Luftangriff sei abgewehrt worden. Ihm zufolge wurden von der Luftabwehr mehrere Ziele entdeckt und abgeschossen, die von Quneitra (eine Gouvernment im Südwesten Syriens – Anm. d. Red.) aus abgefeuert wurden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32065/45/320654545.jpg>

lug-info.com: Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets zum fünften Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung der LVR

Liebe Bürger der Volksrepublik Lugansk!

Heute feiern wir den fünften Jahrestag der Annahme der Verfassung der Volksrepublik Lugansk. Die Verfassung des Staates wurde in einer für die Republik schwierigen Zeit verabschiedet. Ihre Verabschiedung ist zu einem wichtigen historischen Ereignis geworden, das den Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung unseres Vaterlandes markierte. Die Verfassung der Volksrepublik Lugansk legte den Grundstein für die demokratische Struktur des Staates und wurde zum Garant für politische Stabilität und zu einem verlässlichen Leitfaden für die Lösung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben. Ich bin überzeugt, dass eine weitere Stärkung der verfassungsmäßigen Werte und die Befolgung der im Grundgesetz verankerten Prinzipien eine zuverlässige Garantie für die künftigen Leistungen der Republik und die Verbesserung des Lebens ihrer Bürger sein werden.

An diesem besonderen Tag wünsche ich Ihnen, liebe Landsleute, von Herzen Gesundheit, Glück, Wohlstand, Frieden und Harmonie sowie neue Erfolge für die Volksrepublik Lugansk!
Vorsitzender des Volkssowjets der LVR

Denis Miroshnitschenko



[http://img.lug-info.com/cache/9/b/\(39\)_1000.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/9/b/(39)_1000.jpg/w620h420.jpg)

de.sputniknews.com: **Konflikt mit dem Iran: Können die USA vom Irak aus intervenieren? – Experte erläutert**

Die US-Armee hat ihre im Irak stationierten Militärs angesichts der angeblich zunehmenden Bedrohung vonseiten des Irans in hohe Alarmbereitschaft versetzt. Könnte Bagdad zur wichtigsten Plattform für US-Militärschläge gegen den Iran werden? Sabah Zangane, der iranische Experte für die arabische Welt, äußerte sich zum Thema im Gespräch mit Sputnik. Die gesellschaftspolitische Struktur des Irak und die Art der Beziehungen zwischen den Regierungen und Völkern der beiden Länder seien so, dass Bagdad den USA es nicht erlauben werde, den Irak in einen Brückenkopf für den Kampf gegen den Iran zu verwandeln, so Sabah Zangane, der ehemalige Botschafter des Irans bei der Organisation für Islamische Zusammenarbeit.

„Die Beziehungen zwischen Teheran und Bagdad behindern die Nutzung des irakischen Territoriums für einen Militärschlag gegen den Iran. Das irakische Volk wird angemessen auf die Ansprüche der Amerikaner reagieren. Der Iran hat Verbindungen zur irakischen Regierung, und die Bevölkerung dieses Landes steht auf der Seite der Islamischen Republik. Sogar die Amerikaner selbst befürchten, dass eine solche Situation ein ernstes Hindernis für ihr Handeln darstellen wird“, sagte der Experte.

Ihm zufolge sollte man nicht vergessen, dass die iranischen Militärberater immer noch im Irak anwesend sind und den irakischen Streitkräften bei der Bekämpfung des IS helfen.

„Es gibt keine Kräfte im Land, die die Absichten der Vereinigten Staaten unterstützen würden. Zum Beispiel hat ein sunnitische Theologe dieser Tage eine Fetwa ausgesprochen, die die sunnitischen Jugendlichen dazu verpflichtet, den Iran zu verteidigen, wenn dieses Land einer Bedrohung ausgesetzt ist. Der Iran und der Irak streben ein engeres und zwar nicht nur ein religiöses Bündnis an“, so Zangane weiter.

Er vertritt die Ansicht, dass jene Maßnahmen, die Washington derzeit dem Iran gegenüber ergreife, ein psychologischer Krieg seien. Die USA würden, so Zangane, einfach keine offene militärische Konfrontation brauchen, die für sie zudem nicht vorteilhaft sein werde.

„Die USA führen zurzeit einen psychologischen Krieg gegen den Iran. Ein echter Krieg lohnt sich für sie aus zwei Gründen nicht. Erstens, weil etwas mehr als ein Jahr bis zu den Präsidentschaftswahlen in Amerika verbleibt, jetzt einen Krieg zu beginnen würde deshalb einen politischen Selbstmord bedeuten. Zudem wird dies sowohl den Vereinigten Staaten als auch der internationalen Gemeinschaft großen Schaden zufügen. Der zweite Punkt ist, dass die USA wiederholt erklärt haben, den strategischen Schwerpunkt vom Nahen Osten in den Fernen Osten verlagern zu wollen. Daher würde die Erzeugung eines weiteren Konflikts im Nahen Osten, am Persischen Golf, dieser Strategie zuwiderlaufen und es den US-Rivalen ermöglichen, den neuen Konflikt zu instrumentalisieren, um ihre Ziele erreichen zu können“, resümierte Sabah Zangane.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32429/27/324292712.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Mai 3:00 Uhr bis 18. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Krutaja Balka, Shabitschewo, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 54.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 314.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-Waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Hama: Syrische „Albatros“ schalten sich in den Kampf gegen Terroristen ein

Die Fliegerkräfte in Syrien unterstützen weiter die Bodentruppen bei ihrer Anti-Terror-Operation. Neben Mehrzweckjagdflugzeugen Su-35, Frontbomben Su-24M und Su-34 der russischen Luftwaffe fliegen auch Jagdbomber Su-22 und Übungsflugzeuge L-39 „Albatros“ der syrischen Luftwaffe Angriffe auf Terroristen-Stellungen in der Provinz Hama.

Wie das Militärportal „Russkoje Oruschije“ schreibt, tauchte im Netz ein kurzes Video auf, das einen Lufteinsatz eines relativ kleinen Flugzeuges aus tschechoslowakischer Produktion L-39 „Albatros“ zeigt. Die Maschine wirft mehrere Bomben auf Einrichtungen der Terroristen ab.

Im Unterschied zu den moderneren und größeren Kampfjets verfügten die „Albatros“ über keine effizienten modernen Mittel zur Bekämpfung der Luftabwehrkomplexe. Aus diesem Grund seien diese Maschinen anfälliger und erleiden Verluste.

Verschiedenen Einschätzungen zufolge sind lediglich 50 Prozent von mehr als 40 L-39 „Albatros“, die sich zum Beginn des Bürgerkrieges in Syrien vor fünf Jahren im einwandfreien Zustand befunden hatten, geblieben.

Dennoch würden die L-39 „Albatros“ regelmäßig zur unmittelbaren Unterstützung der Landstreitkräfte eingesetzt.

Neben un gelenkten Raketen und 23-Millimeter-Kanonen setzen diese Maschinen Fliegerbomben ein, darunter auch jene, die in syrischen Werkstätten hergestellt würden.

Wie das Portal weiter schreibt, sei zudem ein Teil der „Albatros“ mit Nachtsichtgeräten ausgestattet worden. Dies werde ihnen ermöglichen, auch nachts Gefechtsziele zu treffen.

Die Aero L-39 Albatros ist ein zweiseitiges, einstrahliges Schulflugzeug, das in der Tschechoslowakei als Nachfolger der L-29 Delfin entwickelt wurde und auch jetzt bei den Luftstreitkräften mehrerer Länder verwendet wird.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32427/23/324272383.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Russland will Venezuelas Armee verpflegen – Quelle**

Russland wird die venezolanischen Streitkräfte mit Kaltverpflegung versorgen. Das teilten russische Medien unter Verweis auf eine Quelle in militär-diplomatischen Kreisen mit. Demnach hat der russische staatliche Waffenexporteur „Rosoboronexport“ am Donnerstag Informationen verbreitet, wonach 16.500 spezielle Kaltverpflegungen gekauft worden sein sollen. Diese sollen für die Belange der venezolanischen Armee bestimmt sein. Der Anfangswert des Vertrages werde auf 14,38 Millionen Rubel (ca. 199.000 Euro) geschätzt. Gemäß der technischen Aufgabe erfolge die Lieferung der Nahrungsmittel im Rahmen der Hilfe an die venezolanische Regierung. Die Partie soll im Hafen Puerto Cabello an der Nordküste von Venezuela dem Land übergeben werden. Indes gab „Rosoboronexport“ selbst keine Kommentare dazu ab. ...

ukrinform.ua: **Ukraine über Rückkehr Russlands in Europarat: Abkehr von Normen der Organisation**

Die Versuche, Russland die Rückkehr in die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu ermöglichen, ist eine Abkehr von den Normen des Europarates für aktuelle politische Zwecke.

Das erklärte der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Sergej Kislizja, bei einem Außenministertreffen der Mitgliedstaaten des Europarates am Freitag in Helsinki, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Es gibt diejenigen, die darauf bestehen, dass man die neue Realität in Europa anerkennen muss. Wir erkennen aber die Realität nie an, in der Russland offen alle mögliche Normen und Verpflichtungen verletzt, Gesetz und Recht grob missachtet“, sagte der Vizeaußenminister. Die neue Realität bestehe darin, dass neue Wege für Wiederherstellung der Rechtshoheit in Europa gefunden werden sollten.

Kislizja sagte weiter, dass die Tätigkeit der Ukraine im Europarat ab jetzt „pragmatisch und zutiefst rationalistisch“ sein wird. Die Ukraine werde keine Schritte unterstützen, die nichts mit dem Schutz der Menschenrechte zu tun haben und den politischen Interessen unter dem Deckmantel des Menschenrechtsschutzes dienen.

Der Diplomat kritisierte die Entscheidung, dass alle Mitgliedsstaaten, inklusive Russland, an der Tätigkeit der Organisation, darunter an der Parlamentarischen Versammlung, und an der Wahl des nächsten Generalsekretärs im Juni teilnehmen dürfen. Die Ukraine war gegen diese Entscheidung, weil sie nicht zur Lösung der Krise im Europarat beitrage. „Ganz umgekehrt, sie erschütterte die Grundlagen des Europarates“, betonte er.

Nach Worten von Kislizja endeten seit dem Januar 2015 alle Sanktionen gegen Russland, damit, dass es freiwillig nicht zurückkehren wolle und die Organisation finanziell erpresse. „Es scheint, dass diese Taktik effektiv ist, so wird diese Entscheidung in Moskau interpretiert“, sagte er.

Das Ministerkomitee des Europarates hatte sich am 17. Mai dafür ausgesprochen, dass alle Mitgliedsstaaten, inklusive Russland, an der Tätigkeit der Organisation, darunter an der Parlamentarische Versammlung, und an der Wahl des nächsten Generalsekretärs im Juni teilnehmen dürfen. Damit öffneten die Außenminister der Mitgliedstaaten den Weg für eine Rückkehr Russlands in die Parlamentarische Versammlung des Europarats. 2014 wurde der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung das Stimmrecht wegen der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim entzogen. Russland stellte danach im Juni 2017 Beitragszahlungen ein. Die Parlamentarische Versammlung muss die Entscheidung des Ministerkomitees im Juni bestätigen.

mil-lnr.info: **Erklärung des Presseoffiziers der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

Während der letzten 24 Stunden führten die ukrainischen Kämpfer sechs provokative Angriffe mit Waffen durch, die gemäß den Minsker Vereinbarungen verboten sind.

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurden auf Anweisung des Kommandeurs der 10. separaten Gebirgstruppe, des Kriegsverbrechers Subanitsch, die Ortschaften **Smeloje, Shelobok** und **Frunse** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Popasnjansk** wurde von den Positionen von 54 mechanisierte Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko mit 120mm-Mörsern die Ortschaft **Perwomajsk** beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der LVR mehr als 100 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Abkommen verbotenen Waffen wurde ein ukrainischer Soldat getötet, ein weiterer wurde im Gebiet der Siedlung Krimskoje verwundet.

Die ukrainischen Besatzer setzen den Völkermord an ihrem eigenen Volk fort, indem sie Waffen einsetzen, die nach den Minsker Abkommen verboten sind. Der Beschuss der Wohnsiedlungen in unserer Republik durch die bewaffneten Formationen der Ukraine hört trotz der Anwesenheit hochrangiger Beamter internationaler Organisationen nicht auf.

Als die ukrainischen Straftruppen am 17. Mai vom Besuch des Ersten stellvertretenden Leiters der OSZE in der Ukraine, M. Etherington, in der LVR Kenntnis erlangten, bedeckten sie das Dorf Perwomajsk mit Mörserfeuer, durch der Zivilist Sergej Iwanowitsch Wafin, geb. 1962, verletzt wurde. Ebenfalls durch den feindlichen Beschuss wurden Überlandleitungen beschädigt, dadurch hatten mehr als ein halbes Tausend Abnehmer keinen Strom

Alle Informationen über die Tatsache des Beschusses mit Fotos und Videomaterialien wurden an Vertreter internationaler Organisationen in der Republik sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR weitergeleitet, um ein Strafverfahren gegen Kriegsverbrecher einzuleiten...

de.sputniknews.com: **Regierungskrise wegen Skandal-Video in Österreich: Vizekanzler Strache tritt zurück**

Ein veröffentlichtes Skandal-Video bringt die österreichische Regierung in die Krise. Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat nun seinen Rücktritt bekannt gegeben.

Nur kurze Zeit zuvor hatte Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) eine weitere Zusammenarbeit mit Strache ausgeschlossen. Mit einem Rücktritt oder einer Entlassung des 49-jährigen Strache war gerechnet worden.

Dennoch bestand die Frage, ob Strache durch einen anderen FPÖ-Politiker ersetzt wird oder

es komplett zum Bruch der Koalition und zu Neuwahlen kommt.

Nun hieß es, dass Strache zwar als Österreichs Vizekanzler und FPÖ-Chef zurücktritt, aber auch, dass der derzeitige Verkehrsminister Norbert Hofer seine Ämter vermutlich übernehmen wird.

Kanzler Kurz wird in Kürze ebenfalls vor die Presse treten. Er soll endgültig mitteilen, ob es zu Neuwahlen kommen wird.

Zugleich ging Strache selbst in die Offensive und beschuldigte die Macher dieses Videos heftig.

Die Aufnahmen seien „illegal“ und „rechtswidrig“ und er werde juristisch dagegen vorgehen. Das Video würde die gesamte Situation verzerren und bewusst nur ausgewählte Fragmente zeigen, die aus dem Kontext herausgerissen seien, so Strache.

Er bezeichnete das Video als ein „politisches Attentat“ und „Schmutzkampagne“.

Zugleich gab er zu, dass einige seiner Aussagen während des heimlich gefilmten Treffens nicht richtig waren und für einige Personen, allen voran seine Frau, beleidigend sein könnten. Die lockere Atmosphäre und der Alkoholkonsum an dem Tag hätten dazu geführt.

Der Auslöser der Krise war ein heimlich gedrehtes Video, das im Jahr 2017 gedreht wurde und den heutigen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache in einem Gespräch mit einer angeblichen russischen Oligarchin zeigen soll.

Das Video wurde vom „Spiegel“ und von der „Süddeutschen Zeitung“ verbreitet und zeigt Strache, wie er einer Frau im Gegenzug für angebliche Wahlkampfhilfe für die FPÖ künftig öffentliche Aufträge verspricht.

Das mit versteckter Kamera gefilmte Video soll im Juli 2017 in einer Villa auf Ibiza aufgenommen worden sein.

Die angebliche russische Oligarchin soll dabei angeboten haben, bei der österreichischen „Kronen Zeitung“ als Investorin einzusteigen und Strache danach zu unterstützen.

Die Opposition hatte sofort von dem größten politischen Skandal in Österreich in den letzten Jahren gesprochen und Neuwahlen gefordert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32499/29/324992990.jpg>

de.sputniknews.com: **USA wollen anderen Staaten den Verzicht auf russische Waffen bezahlen**

Das US-Außenministerium hat vor, ein bisher wenig bekanntes Programm global auszuweiten, das anderen Ländern Geld für den Verzicht auf Waffen aus russischer Produktion bietet. Ursprünglich wurde dieses Konzept mit Hinblick auf die Teilnehmerstaaten des Warschauer Pakts entwickelt. Dies berichtet das US-Online-Magazin „Defence One“. Demnach soll die Initiative unter dem Titel European Recapitalization Incentive Program ERIP (dt. Europäisches Programm für Förderung der Rekapitalisierung), die im Jahr 2018 ins Leben gerufen worden sei, bereits in sechs Ländern Europas laufen. Die USA würden ihnen

Geld für den Verzicht auf die aus den Sowjetzeiten stammenden Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Hubschrauber zahlen.

Die Slowakei habe beispielsweise 50 Millionen Dollar für Hubschrauber, Kroatien – 25 Millionen Dollar für Schützenpanzer erhalten, heißt es im Beitrag. Jetzt würden die Vereinigten Staaten beabsichtigen, das Programm auf die ganze Welt auszuweiten. Das ERIP funktioniere so: Der Teilnehmerstaat unterzeichne die Verpflichtung, die in Russland hergestellte Ausrüstung loszuwerden, sie künftig nicht mehr zu kaufen und einen Teil der eigenen Mittel für den Kauf von US-amerikanischen Waffen bereitzustellen. Dabei soll es sich um erhebliche Beträge handeln.

„Das Ziel ist es, unseren Partnern dabei zu helfen, sich von der russischen Liefer- und Logistikkette zu lösen, die es den russischen Auftragnehmern, dem Wartungspersonal sowie den in Russland hergestellten Ersatzteilen ermöglicht, entweder auf die Stützpunkte der Nato-Verbündeten oder auf die Basen anderer Partner zu gelangen“, zitiert „Defence One“ einen Beamten des US-Außenministeriums.

Die globale Ausweitung des Programms setze die Bereitstellung von 50 bis 100 Millionen Dollar jedem Land voraus, damit es die militärische Ausrüstung modernisieren könne.

Länder, die weiterhin Ersatzteile für ihre militärische Ausrüstung in Russland kaufen würden, könnten den US-Sanktionen ausgesetzt werden, so der Vertreter des Außenministeriums.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.05.2019**

In den vergangenen 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik wurden von den ukrainischen Streitkräften beschossen.

In **Richtung Donezk** beschossen Kämpfer der 93. Brigade unter dem Kommando von Breyschinski mit 120-mm-Mörsergranaten die Siedlung **Krutaja Balka**. Die Verbrecher der 24. Brigade, angeführt vom Kriegsverbrecher Gudsja, beschossen die Siedlung **Alexandrowka**, auf die 120-mm-Mörsergranaten abgefeuert wurden. Kämpfer der 35. Brigade feuerten auf Befehl von Palas mit Reaktiven Geschossen und Kleinwaffen auf das Gebiet von **Dokutschajewsk**. Von den Positionen der 57. motorisierten Infanteriebrigade unter dem Kommando des Verbrechers Mishantschuk, wurde mit 120-mm-Mörsergranaten das **Flughafengelände von Donezk** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die ukrainischen Kämpfer von den Positionen der 79. Luftsturmbrigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch auf das Gebiet der Siedlung **Sachanka** mit 120-mm-Mörsern und Schützenpanzern geschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 28 Geschosse des Kalibers 120 mm abgefeuert.

Trotz der Tätigkeit des Leiters der OSZE-Mission Apakan und seines Stellvertreters Etherington in den Republiken behindern die ukrainischen Kämpfer weiterhin aktiv die Arbeit der Patrouillen der Mission und gefährden durch ihre kriminellen Handlungen das Leben der Vertreter der Mission und von Zivilisten.

Am 15. Mai versuchten die Kämpfer der BFU erneut, die Rotation der Arbeitsschichten unter Aufsicht von Beobachtern zu stören. Die ukrainischen Verbrecher der 93. Brigade waren sich der Arbeit von OSZE-Vertretern in der Region bewusst und eröffneten trotz der Sicherheitsgarantien für die Einhaltung des örtlichen Waffenstillstandsregimes auf Befehl ihres Führers Bryshinski das Feuer in Richtung der **Donezker Filterstation**. Der Beschuss erfolgte in unmittelbarer Umgebung des Aufenthaltsortes der Beobachtungsgruppe. Nur durch Glück konnten die Opfer vermieden werden.

Am 17. Mai wurde im selben Gebiet versucht, während der Arbeit der Vertreter der OSZE zur Sicherstellung des Schichtwechsels in der Filterstation eine Drohne der BFU zum Beschuss einzusetzen. Die Luftverteidigungseinheiten der Volksmiliz störten die feindlichen Pläne. Die

Drohne wurde abgeschossen. ...

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 und Turkish Stream nicht mehr zu stoppen – Russlands Oberhauschefin**

Die Projekte der russischen Gaspipelines haben laut der Vorsitzenden des russischen Föderationsrates, Walentina Matwijenko, einen unumkehrbaren Charakter, keine neuen US-Sanktionen würden sie stoppen können. Dies erklärte Matwijenko vor Journalisten nach dem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Die US-Senatoren haben ein Dokument erarbeitet, das Sanktionen gegen jene Unternehmen vorsieht, die an dem Bau von russischen Pipelines beteiligt sind. Insbesondere geht es um die Gaspipeline Nord Stream 2. Für jene Personen, welche die Schiffe vermieten, die sich am Bau von Nord Stream 2 beteiligen, wird die Einreise in die USA gesperrt sein. Auch ihre Aktiva werden eingefroren.

„Was Turkish Stream betrifft, so ist sein Unterwasserteil bereits abgeschlossen, (...) es gibt ein klares Verständnis dafür, dass am 31. Dezember, wie geplant, bis zum Ende dieses Jahres, das russische Gas an die türkischen Verbraucher geliefert wird“, sagte die Chefin des russischen Oberhauses.

Der Prozess der Verlegung von Nord Stream 2 hat laut der Sprecherin auch schon „einen unumkehrbaren Charakter erlangt“, das Projekt sei bereits mehr als zur Hälfte realisiert worden. Dies sei ein internationales Wirtschaftsprojekt, an dem sich die Länder Europas und viele europäische Unternehmen beteiligen.

„Daher können derartige Gesetzentwürfe keinen Einfluss darauf ausüben, die europäischen Staaten unterstützen dieses Projekt, sie sind daran nicht weniger als Russland interessiert“, so Matwijenko.

„Ich bin mir sicher, dass dieses Projekt durch keine Gesetze gestoppt werden kann, es wird abgeschlossen, und die Verpflichtungen aller Seiten werden erfüllt“, schloss Walentina Matwijenko.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32496/97/324969779.jpg>

de.sputniknews.com: **Weißrussland entwickelt Pendant von russischer Iskander-Rakete**

Das weißrussische Werk für Präzisionselektromechanik hat auf der 9. Internationalen Waffenmesse MILEX 2019 in Minsk ein Muster einer neuen taktischen ballistischen Rakete und ihren Abschussbehälter präsentiert. Darüber schreiben russische Medien am Samstag. Wie ein Vertreter des Werks sagte, erfolgt der Bau der Rakete im Rahmen des Programms zur Entwicklung des Komplexes „Polones-M“. Dieser Komplex könne in Zukunft als ein fahrbares operativ-taktisches Raketensystem nach der Art des russischen Raketensystemes Iskander-M dienen.

Nach Angaben des Herstellers hat der Komplex „Polones“ eine Reichweite von bis zu 300

Kilometern und eine Lenkgenauigkeit von bis zu 30 Metern. Die Rakete sei etwa vier Tonnen schwer, ihr Sprengkopf wiege 480 Kilo. Die Startvorbereitung könne weniger als zehn Minuten in Anspruch nehmen. Jedes Fahrzeug würde zudem mit zwei Transport- und Abschussbehältern ausgestattet werden. Weißrussland hatte den Mehrfachraketenwerfer W-200 „Polones“ bei China erworben und ihn als W-300WK „Polones-M“ modernisiert. ...

de.sputniknews.com: **Fall Assange: US-Behörden verhaften wieder WikiLeaks-
Informantin Chelsea Manning**

US-Behörden haben die frühere WikiLeaks-Informantin Chelsea Manning erneut verhaftet. Laut US-Medien ist sie bereits am Donnerstag (Ortszeit) nach einer verweigerten Aussage in einer Anhörung zu WikiLeaks wegen Missachtung des Gerichts erneut in Beugehaft genommen worden.

Nun drohe ihr bei weiterer Verweigerungshaltung wohl zusätzlich eine empfindliche Geldstrafe, berichtet der Sender CBS von der Verhandlung in Alexandria im US-Staat Virginia.

„Ich würde mich lieber zu Tode hungern, als meinen Standpunkt in diesem Fall zu ändern“, wird sie nach Medienberichten zitiert.

Nach dieser Aussage sei sie dann aus dem Gerichtssaal abgeführt worden.

Bereits zuvor hatte sich Manning geweigert, über den Gründer der Enthüllungs-Plattform WikiLeaks, Julian Assange, auszusagen.

Laut der dpa hatte sie an WikiLeaks im Jahr 2010 – damals noch als Bradley Manning – Hunderttausende geheime Militärdokumente zugeschickt.

Dabei war es um die US-Militäreinsätze und Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan gegangen. Sie war 2010 in Untersuchungshaft genommen worden. 2013 wurde sie bei einem Militärgerichtsverfahren zu 35 Jahren Haft verurteilt.

Im Jahr 2017 kam sie wieder frei, nachdem der damalige US-Präsident Barack Obama die vorzeitige Freilassung angeordnet hatte.

Zuletzt war sie im März nach verweigerter Aussage vor der Grand Jury, die über Anklageerhebung im Fall Assange entscheiden soll, in Beugehaft gekommen.

Assange war 2012 in die ecuadorianische Botschaft in London geflüchtet, nachdem er vergeblich versucht hatte, seine Auslieferung an Schweden gerichtlich zu stoppen. Dort wurde wegen Vergewaltigungsvorwürfen gegen ihn ermittelt. Die Ermittlungen wurden 2017 eingestellt, doch nimmt die schwedische Staatsanwaltschaft ihre Voruntersuchungen jetzt wieder auf.

Assange behauptete stets, die Vorwürfe in Schweden seien nur ein Vorwand, um ihn festzunehmen und an die USA ausliefern zu können.

Am 11. April dieses Jahres wurde Assange schließlich festgenommen, nachdem ihm die Regierung von Ecuador das Botschafts asyl entzogen hatte. Die USA wollen Assange wegen der Veröffentlichung von Militärdokumenten zu den US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan den Prozess machen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31996/73/319967331.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukraine: Duma-Chef vermutet beginnende Demenz bei Präsident Selenski**

Der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Unterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, hat die Möglichkeit der Rückgabe der Krim an die Ukraine zurückgewiesen. Damit kommentierte er eine Erklärung des neugewählten ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski zu seinem Wunsch, die Schwarzmeerhalbinsel „zurückzugewinnen“.

Zuvor hatte Selenski die Zuversicht geäußert, dass die Ukraine die Krim zurückholen werde. Auf seiner Facebook-Seite schrieb er in Bezug auf den Gedenktag für die Opfer des Genozids am krimtatarischen Volk: „Wie lang der Rückweg der Krim auch sein mag, wir werden ihn zusammen mit den Krimtataren bewältigen, wir werden das gemeinsam tun.“

Der Duma-Chef wies die Möglichkeit eines Beitritts der Krim zur Ukraine entschieden zurück. „Wladimir Selenski muss begreifen: Wenn man seine neue Amtstätigkeit mit derartigen Erklärungen beginnt, kann man seine Amtszeit genauso unrühmlich beenden, wie (Petro) Poroschenko“, wird Wolodin auf der offiziellen Facebook-Seite der Staatsduma zitiert. Wolodin äußerte ferner die Vermutung, dass die Erklärung Selenskis möglicherweise „mit seiner beginnenden Demenz zusammenhängt“.

„Es ist klar, dass er eine Riesenbelastung und eine große Verantwortung übernommen hat. Aber man muss die Geschichte und die Geografie seines Landes kennen. Im Jahr 2014 hat das multinationale Volk der Krim durch eine direkte Willensäußerung eine Entscheidung getroffen, sich von den Besatzern befreit und sich mit Russland wiedervereinigt, in dessen Staatenbestand die Krim sich jahrhundertlang befunden hatte“, so der Duma-Chef.

Er verwies darauf, dass auf der Krim nach ihrem Beitritt zur Russischen Föderation drei Staatssprachen: Russisch, Ukrainisch und Krimtatarisch anerkannt wurden. „Die Halbinsel-Bewohner waren um dieses Recht gebracht worden, als die Krim entsprechend einem unrechtmäßigen Parteibeschluss der Ukraine übertragen worden war“, so der Parlamentarier. Die Wiedervereinigung der Krim mit Russland erfolgte nach einem Referendum im März 2014. Bei dem Volksentscheid hatten 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt. Die Ukraine betrachtet die Krim weiterhin als „zeitweilig okkupiertes Territorium“. Den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge „ist die Frage der Krim endgültig abgeschlossen“.

abends:

de.sputniknews.com: **Riesiger Militärmarsch in Venezuela: „Wir warten mit russischen Waffen auf die Amerikaner“**

In der andauernden Machtkrise in Venezuela demonstriert das Militär des lateinamerikanischen Landes Loyalität zum Staatschef Nicolás Maduro. Am Freitag haben Tausende Soldaten im nördlichen Bundesstaat Aragua an einem „Marsch der Treue“ teilgenommen.

Der Marsch wurde anlässlich des Besuchs Maduros in der Region organisiert. Soldaten skandierten im Chor:

„Nur wer kämpft, der existiert. Du fällst nie in unser Land ein, kleiner Gringo: Wir sind bereit und warten mit russischen Waffen auf dich.“

Der Staatschef marschierte über etwa zwei Kilometer mit und hielt anschließend eine Ansprache, in der er den „amerikanischen Imperialismus“ brandmarkte.

In Venezuela, dem ölreichsten Land der Welt, tobt seit Januar ein Machtkampf zwischen Maduro und dem Oppositionsführer Juan Guaidó, der die Armee aufgefordert hat, den Staatschef zu entmachten.

Der 35-jährige Guaidó hatte sich während der Proteste gegen die Regierung Maduro Ende Januar zum neuen Präsidenten Venezuelas erklärt und wurde von den USA und mehreren EU-Staaten, darunter auch von Deutschland, als solcher auch anerkannt.

Experten kritisierten diese Anerkennung als eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas. Viele weitere Staaten, darunter auch die UN-Vetomächte Russland und China, sehen den seit 2013 regierenden Maduro weiter als legitimen Staatschef an.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32499/67/324996769.jpg>

de.sputniknews.com: **Donbass: Donezk meldet neue Todesopfer durch „ukrainische Aggression“**

Bei den andauernden Kampfhandlungen in der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (DVR) sind in den vergangenen drei Wochen insgesamt 13 Menschen getötet und elf weitere verletzt worden, hieß es im Amt des Menschenrechtsbeauftragten der Republik.

Nach Angaben der Behörde sind seit Jahresanfang bei den Kämpfen 73 Menschen getötet und 69 weitere verletzt worden. Seit dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes in der DVR sind insgesamt 4802 Menschen, darunter 81 Kinder, gestorben.

Laut einem Sprecher der Behörde „sind vom 26. April bis 16. Mai 2019 auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik wegen der bewaffneten Aggression der Ukraine elf Menschen, darunter drei Zivilisten, (...) verletzt worden. 13 Menschen, davon zwölf Militärangehörige, sind gestorben.“

Ein Vertreter der DVR erklärte gegenüber Journalisten im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum, dass die ukrainischen Truppen seit Freitag fünfmal den Waffenstillstand verletzt hätten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32252/63/322526342.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukraine: Koalition geplatzt – Selenski darf nun keine Rada-Auflösung vornehmen**

Die ukrainische Partei „Volksfront“ („Narodny Front“) hat ihren Austritt aus der regierenden Koalition angekündigt und damit die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung für den neu gewählten Präsidenten Wladimir Selenski blockiert, berichtet die Webseite 112.ua.

Dies hat der Vorsitzende der „Volksfront“-Fraktion, Maxim Burbak, in einer Parlamentssitzung bekanntgegeben. Er forderte die Rada-Abgeordneten auf, unverzüglich Konsultationen über den Abschluss eines neuen Koalitionsabkommens und die Aufstellung eines neuen Aktionsplanes aufzunehmen. Burbak begründete die Entscheidung seiner Partei damit, dass die ukrainischen Bürger „vom neu gewählten Präsidenten und vom Parlament entschlossene Schritte, Handlungen und Veränderungen“ im bevorstehenden Halbjahr erwarten würden.

Der Vorsitzende der Werchowna Rada, Andrej Parubij, hatte bereits früher mitgeteilt, dass die Koalition ab Freitag, dem 17. Mai, nicht mehr existiere. Das Parlament muss nun innerhalb von 30 Tagen eine neue Mehrheit bilden. Laut Gesetz darf der Präsident das Parlament in diesem Zeitraum nicht auflösen. Nach Ablauf der 30-Tage-Frist kann die Rada nicht mehr aufgelöst werden, weil die Ausübung ihrer Vollmachten ab diesem Zeitpunkt bereits weniger als ein halbes Jahr dauern wird. Das Parlament würde in der Restzeit auch ohne Koalition arbeiten können.

Zuvor hatte Selenski-Berater Dmitri Rasumkow erklärt, dass der neu gewählte Präsident nach seiner Amtseinführung das Verfahren zur Parlamentsauflösung einleiten werde. Als Begründung sollte das Fehlen einer Regierungskoalition in der Rada dienen.

Obwohl keine der beiden agierenden Parlamentsfraktionen die erforderliche Mindestanzahl von 226 Mitgliedern hat, hat Parubij das Fehlen einer Mehrheitskoalition im Parlament bestritten und behauptet, der Präsident habe keine rechtlichen Gründe für die Auflösung der Werchowna Rada.